

Stadt Heidelberg

Drucksache:
0 211/2023/IV

Datum:
24.11.2023

Federführung:
Dezernat IV, Amt für Chancengleichheit

Beteiligung:

Betreff:

**Einrichtung Runder Tisch gegen Rassismus der Stadt
Heidelberg**

Informationsvorlage

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Kenntnis genommen:	Handzeichen:
Migrationsbeirat	06.12.2023	Ö	() ja () nein () ohne	
Ausschuss für Soziales und Chancengleichheit	06.02.2024	Ö	() ja () nein () ohne	
Gemeinderat	14.03.2024	Ö	() ja () nein () ohne	

Zusammenfassung der Information:

Der Migrationsbeirat, der Ausschuss für Soziales und Chancengleichheit und der Gemeinderat nehmen folgende Informationen des Amts für Chancengleichheit zur Einrichtung eines Runden Tisches gegen Rassismus zur Kenntnis.

Finanzielle Auswirkungen:

Bezeichnung:	Betrag in Euro:
Ausgaben / Gesamtkosten:	
• keine	
Einnahmen:	
• keine	
Finanzierung:	
• keine	
Folgekosten:	
• keine	

Zusammenfassung der Begründung:

Rassismus, Antisemitismus und Antiziganismus stellen eine ernsthafte Bedrohung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt dar. Die Stadt Heidelberg will ihr Engagement für Demokratie und Menschenrechte als Basis für ein solidarisches Miteinander in einer vielfältigen Stadtgesellschaft vor diesem Hintergrund weiter ausbauen. Eine Bekämpfung von Rassismus, Antisemitismus und Antiziganismus kann aber nur dann langfristig gelingen, wenn diejenigen involviert werden, die von ihren unterschiedlichen Erscheinungsformen betroffen sind. Deshalb richtet das Amt für Chancengleichheit einen „Runden Tisch gegen Rassismus“ ein, an dem Zivilgesellschaft, Kommunalpolitik und Stadtverwaltung regelmäßig zusammenkommen.

Begründung:

Die folgende Beschlussvorlage nimmt Bezug auf Änderungsantrag zum Haushaltsplanentwurf 2023/2024 Nummer 111 (Anlage 12 zur Drucksache 0004/2023/Info) „Konzept für Gründung und Fonds für Runden Tisch gegen Rassismus und Diskriminierung“. Die Informationsvorlage stellt den partizipativen Prozess zum Aufbau des Runden Tisches gegen Rassismus dar.

1. Ausgangssituation: Rassismus in Deutschland

Rassismus und Diskriminierung sind kein Randphänomen, sondern betreffen direkt oder indirekt einen Großteil der Bevölkerung. Eine Vielzahl aktueller Studien und Berichte belegen seit Jahren eine wachsende Zahl von Meldungen zu rassistischer, antisemitischer und antiziganistischer Diskriminierung und Gewalt. Dabei ist zu beobachten, dass diese Formen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sich zunehmend mit Formen von Demokratiefeindlichkeit zu verschränken beginnen. Gleichzeitig verändert sich Diskriminierung in der Einwanderungsgesellschaft.

Das Amt für Chancengleichheit und das Heidelberger Antidiskriminierungsbüro von Mosaik Deutschland e.V., die innerhalb des Heidelberger Antidiskriminierungsnetzwerks eng kooperieren, registrieren ebenfalls seit Jahren eine kontinuierliche Zunahme an Diskriminierungsbeschwerden. Im Jahr 2022 wurden beim Amt für Chancengleichheit 93 Fälle gemeldet. Diese umfassen Beschwerden in folgenden Lebensbereichen: Arbeitsmarkt, Güter und Dienstleistungen, Ämter und Behörden, Öffentlichkeit und Freizeit, Bildung, Wohnungsmarkt, Gesundheit und Pflege sowie Werbung und (digitale) Medien. Erste Gespräche im Rahmen der Einrichtung eines Runden Tisches gegen Rassismus weisen allerdings darauf hin, dass immer noch viele Menschen rassistische Diskriminierung nicht melden und wir von einem größeren Dunkelfeld nicht erfasster rassistischer Diskriminierung ausgehen müssen.

Diese Entwicklungen spiegeln sich auch in zahlreichen Berichten auf Bundesebene, u.a. der Jahresbericht 2022 der Antidiskriminierungsstelle des Bundes, der Lagebericht Rassismus in Deutschland der Bundesbeauftragten für Antirassismus, der aktuelle Bericht des Nationalen Diskriminierungs- und Rassismusmonitors 2023, der Bericht des Bundesverbands der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus (RIAS), das Lagebild zu antimuslimischem Rassismus in Deutschland des Netzwerks CLAIM gegen Muslimfeindlichkeit, der durch das Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) vorgelegte Abschlussberichts „Muslimfeindlichkeit – eine deutsche Bilanz“ des von der Bundesregierung eingesetzten „Unabhängigen Expertenkreis Muslimfeindlichkeit“ (UEM), der aktuelle Bericht der europäischen Grundrechteagentur „Being Black in the EU“ zu den Diskriminierungserfahrungen von Menschen afrikanischer Herkunft in Deutschland sowie der Bericht der vom Deutschen Bundestag eingerichteten „Unabhängigen Kommission Antiziganismus“ und der Jahresbericht 2022 der Melde- und Informationsstelle Antiziganismus (MIA). Der Verfassungsschutz listet für das Jahr 2022 20.967 rechtsextremistische Straftaten, das sind mehr als 57 pro Tag.

Die wachsende Zahl gemeldeter Diskriminierungsfälle macht aber auch deutlich, dass immer mehr Menschen den Mut aufbringen, Diskriminierung anzusprechen. Ferda Ataman, Unabhängige Bundesbeauftragte für Antidiskriminierung, betonte in diesem Zusammenhang bei der Vorstellung ihres aktuellen Jahresberichts, dass jeder gemeldete Diskriminierungsfall für „das Vertrauen in unsere Demokratie“ stehe und zeige, „dass der Rechtsstaat funktioniere und Menschen sich sicher genug fühlten, ihr Recht auf Gleichbehandlung einzufordern“.

2. Ziele des Runden Tisches

Der Runde Tisch hat das Ziel, grundsätzliche und aktuelle Probleme von in Heidelberg lebenden Menschen, die Rassismus, Antisemitismus und/oder Antiziganismus erfahren, zu benennen, sichtbar zu machen, zu diskutieren und durch entsprechende Empfehlungen ihrer Diskriminierung entgegenzuwirken. Er trägt zur besseren Vernetzung und Kooperation von Vereinen und Initiativen mit Stadtverwaltung und Kommunalpolitik bei und schafft durch seine Arbeit ein stärkeres Bewusstsein für unterschiedliche Erscheinungsformen und Wirkweisen von Rassismus. Indem er den Blick auf institutionelle Abläufe, Verfahrensweisen und unhinterfragte Routinen lenkt und konkrete Handlungsfelder zum Abbau von rassistischer Diskriminierung definiert, unterstützt er die Stadtverwaltung in der Entwicklung entsprechender Maßnahmen zum Abbau von Rassismus und in der lokalen Umsetzung des 10-Punkte-Aktionsplans der Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus.

Die Geschäftsordnung ist an der Arbeit des Runden Tisches sexuelle und geschlechtliche Vielfalt der Stadt Heidelberg orientiert. Den Vorsitz hat Stefanie Jansen, Bürgermeisterin für das Dezernat Soziales, Bildung, Familie und Chancengleichheit, inne. Das Amt für Chancengleichheit übernimmt die Aufgabe der Geschäftsführung. Der Vorstand des Heidelberger Migrationsbeirats und das Interkulturelle Zentrum werden in die Koordination der Sitzungen des Runden Tisches mit einbezogen.

Der Runde Tisch setzt sich aus in Heidelberg tätigen Einrichtungen, Vereinen, Gemeinden und Initiativen von Menschen zusammen, die Rassismus, Antisemitismus und Antiziganismus erfahren. Expertinnen und Experten der Universität Heidelberg und Pädagogischen Hochschule Heidelberg, von Fachstellen und Bildungseinrichtungen im Themenfeld sind ebenfalls Teil des Runden Tisches. Der Runde Tisch trifft sich zwei- bis dreimal pro Jahr und arbeitet nach Bedarf mit externen Expertinnen und Experten und selbst organisiert in Unterarbeitsgruppen. Die Mitwirkung ist ehrenamtlich. Die Mitglieder des Heidelberger Migrationsbeirats und des Heidelberger Gemeinderats werden zu den Sitzungen eingeladen.

Das Amt für Chancengleichheit wird einmal pro Jahr von den Ergebnissen der Arbeit des Runden Tisches im Migrationsbeirat und im Ausschuss für Soziales und Chancengleichheit berichten.

3. Partizipationsprozess zur Einrichtung des Runden Tisches gegen Rassismus

Im Februar 2023 veröffentlichten zahlreiche Organisationen, u.a. der Migrationsbeirat Heidelberg, das Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma, die Muslimische Akademie, die Hochschule für Jüdische Studien, das Kulturhaus Karlstorbahnhof und das lokale Bündnis „Erinnern.Verändern“ einen offenen Brief für eine rassismuskritische Stadtgesellschaft, die langfristige und nachhaltige Strukturen zur gemeinsamen, interdisziplinären Bearbeitung von Rassismus und die Einrichtung eines durch die Heidelberger Stadtverwaltung einberufenen Runden Tisches gegen Rassismus einforderte.

Das Amt für Chancengleichheit entwickelte gemeinsam mit dem Vorstand des Migrationsbeirats zur Einrichtung des Runden Tisches ab August 2023 einen Partizipationsprozess, um mit in Heidelberg ansässigen Expertinnen und Experten und antirassistischen und (post-)migrantischen Vereinen und Initiativen ins Gespräch zu kommen und Ihre Bedarfe abzufragen. Bei einem ersten Vernetzungs- und Austauschtreffen im Oktober 2023 nahmen Expertinnen und Experten folgender, in Heidelberg tätiger universitärer Einrichtungen, Bildungsträger, Vereine und Initiativen teil:

Interkulturelles Zentrum der Stadt Heidelberg, Circle Collective Heidelberg e.V., Antirassismus - Netzwerk Heidelberg, Heidelberger Zentrum für Migrationsforschung und Transkulturelle Pädagogik (Hei-MaT) der PH Heidelberg, EVA Empathie-Vielfalt-Austausch Frauenverein Heidelberg e.V., Werkstatt Ökonomie e.V., Migrationsberatung Diakonisches Werk Heidelberg, Café Talk, DAV Deutsch-Afrikanischer Verein e.V. Uthukumana Afrika e.V. Malayali Samajam e.V., Freunde Arabischer Kunst und Kultur e.V., Landesverband (post-)migrantischer Organisationen, Arbeitsstelle Antiziganismus der PH Heidelberg, Forschungsstelle Antiziganismus der Universität Heidelberg, Antirassismus-Referat der Universität Heidelberg, UNIFY (Unit for Family, Diversity & Equality) der Universität Heidelberg, Afro-Festival Heidelberg, Migration Hub Heidelberg, Mosaik Deutschland e.V., Muslimische Akademie i. G Heidelberg, Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma, Jüdisch-Muslimische Kulturtage Heidelberg, PLUS for Refugees von PLUS Rhein-Neckar e.V., Ahmadiyya Muslim Jamaat sowie mehrere Mitglieder des Heidelberger Migrationsbeirats.

Weitere Expertinnen und Experten wurden durch Einzelgespräche einbezogen. Bei einem groß angelegten, offenen Community-Lab im Kulturhaus Karlstorbahnhof im Januar 2024 werden Themen des Runden Tisches konkretisiert werden. Neben den Vereinen und Initiativen, die am 1. Vortreffen teilgenommen haben, werden alle Menschen eingeladen, die sich in Heidelberg für Vielfalt und gegen Diskriminierung stark machen möchten. Ziel ist es, die erarbeiteten Impulse und vorläufigen Ergebnisse direkt in die Arbeit des Runden Tisches einfließen zu lassen und so die Strategien, Maßnahmen und Handlungsempfehlungen für den Runden Tisch zu fundieren. Bei einem weiteren Vernetzungstreffen im März 2024 im Rahmen der Wochen gegen Rassismus werden die Geschäftsordnung und das Selbstverständnis konkretisiert. Die erste Sitzung des Runden Tisches gegen Rassismus wird im Sommer 2024 stattfinden.

Der Partizipationsprozess zur Einrichtung des Runden Tisches gegen Rassismus findet in Kooperation mit der Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus (ECCAR) statt. Die ECCAR stellt dem Amt für Chancengleichheit der Stadt Heidelberg im Rahmen des von der EU geförderten Projekts ACTION eine Prozessbegleitung durch den UNESCO Lehrstuhl für Menschenrechte an der Universität Graz zur Verfügung.

Beteiligung des Beirates von Menschen mit Behinderungen

Nicht erforderlich.

Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg

1. Betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes

Nummer/n: (Codierung)	+ / - berührt	Ziel/e:
SOZ2		Ziel/e: Diskriminierung und Gewalt vorbeugen Begründung: Mit dem Runden Tisch gegen Rassismus wird ein kontinuierlich arbeitendes Forum zum Abbau von Diskriminierung eingerichtet
SOZ3		Ziel/e: Solidarität und Eigeninitiative, Selbsthilfe und bürgerschaftliches Engagement fördern Begründung: Durch die Vernetzung wird das ehrenamtliche Engagement von (post-) migrantischen Vereinen und antirassistischen Initiativen in Heidelberg gestärkt
SOZ12		Ziel/e: Selbstbestimmung gewährleisten Begründung: Das Programm stärkt direkt Menschen mit (familiärer) Migrationsgeschichte und von Menschen mit Rassismuserfahrungen in ihrer gesellschaftlichen Teilhabe.

2. Kritische Abwägung / Erläuterungen zu Zielkonflikten:

Keine

gezeichnet
Stefanie Jansen

Anlagen zur Drucksache:

Nummer:	Bezeichnung:
01	Sachantrag der Fraktion B90/Die Grünen vom 06.02.2024 (Tischvorlage in der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Chancengleichheit vom 06.02.2024)